

21-Jähriger gesteht Mord an Uroma

Prozessaufakt in Oldenburg

Oldenburg. Ohne großes Stocken und detailiert schilderte ein 21-Jähriger vor Gericht, wie er im Februar seine 88 Jahre alte Urgroßmutter ermordet hat. Von der Planung über die Durchführung bis zur Festnahme. Das einzige Ziel der Bluttat: die Bankkarte der Seniorin und das Geld aus der schmalen Rente. „Was tust Du da?“, waren die letzten Worte der Frau, als ihr Urenkel sie zuerst mit einem Seil von hinten strangulieren wollte und schließlich, als das nicht klappte, mit heftigen Ellbogenschlägen gegen den Kopf tötete. Er habe aus Habgier heimtückisch und grausam einen Menschen getötet, so die Staatsanwaltschaft.

Das Geständnis des zur Tatzeit 20-Jährigen hörte sich am Donnerstag vor dem Landgericht Oldenburg wie eine Bestätigung des Vorwurfs an. Dabei hatte ihn die Rentnerin in ihrer Wohnung in Oldenburg aufgenommen, als er am 30. Januar dieses Jahres wegen Streitigkeiten über seinen Drogenkonsum – Amphetamine wie er sagte – aus einer Wohngemeinschaft flog. „Sie war meine erste Ansprechpartnerin“, sagte der Angeklagte. Mit ihr habe er sich gut verstanden. Seine Mutter habe sich von ihm abgewendet. Kontakt zur Familie habe er nicht.

Die Idee, sie zu töten, kam dem Deutschen durch eine Fernseh-Doku über unaufgeklärte Kriminalfälle. In einem Ein-Euro-Laden sah er ein Seil und fasste den Plan, seine Uroma zu töten. „Warum um alles in der Welt kommt Ihnen in diesem Moment der Gedanke?“, fragte der Richter. Seine Uroma habe ihm geholfen, ihn unterstützt. Der Angeklagte begründete die Tat mit der Absicht, Selbstmord zu begehen. Für eine „Abschiedstour“ bei Freunden habe er Geld gebraucht und sich das bei der Uroma holen wollen. Warum er die Bankkarte, deren PIN er wusste, nicht einfach gestohlen habe, hakte der beisitzende Richter nach. Bei der Frage, ob er getrauert habe, schüttelte der Angeklagte nur den Kopf. Er schiebe das weit weg. „Nur manchmal bin ich erschrocken über mich selber, dass ich jemanden umgebracht habe.“

DPA

GROSSZÜGIGE SPENDE

Ältere Frau bringt Goldbarren zur Diakonie

Hannover. Eine selten großzügige Spende hat das Diakonische Werk in Hannover erhalten. Eine unbekanntere ältere Dame habe einer Diakoniestarbeiterin einen Umschlag in die Hand gedrückt mit den Worten „Überraschung – machen Sie etwas Schönes damit“, teilte der Stadtkirchenverband Hannover am Donnerstag mit. Dann sei sie verschwunden. In dem Umschlag: Ein kleiner Goldbarren im Wert von 26.400 Euro und ein Zettel mit der Aufschrift: „Für die Obdachlosenarbeit“. Der Barren sei echt und unter Verschluss bei einer Bank, sagte eine Sprecherin. „Wir sind total überrascht und freuen uns riesig“, sagte Diakoniestarbeiterin Rainer Müller-Brandes. Er dankte der anonymen Spenderin für die „unvergleichliche Wertschätzung unserer Arbeit mit den wohnungslosen Menschen“. Das Geld soll für die medizinische Versorgung der Obdachlosen eingesetzt werden.

DPA

SPERRUNG ÜBER STUNDEN

Gefahrguttransporter stürzt auf A 1 um

Stuhr. Ein Gefahrguttransporter ist in der Nacht zu Donnerstag auf der A 1 zwischen dem Autobahndreieck Stuhr und der Anschlussstelle Groß Ippener in Richtung Osnabrück verunglückt. Laut Polizei kam der 45-jährige Fahrer des Sattelzuges vermutlich wegen eines Fahrfehlers von der Straße ab. Der mit flüssigem Bitumen beladene Lkw stürzte auf die Seite, sodass die Zugmaschine auf der Leitplanke und der Auflieger auf dem Hauptfahrstreifen liegen blieben. Der Fahrer blieb unverletzt. Neben Kraftstoff trat ein Teil der etwa 22 Tonnen Bitumen durch ein Leck im Tank aus und verhärtete auf der Fahrbahn. Die Polizei geht von einem Schaden im sechsstelligen Bereich aus. Die Vollsperrung der A 1 wurde am Donnerstagabend gegen 19.25 Uhr aufgehoben. Noch bis voraussichtlich Freitagmittag wird der Verkehr einspurig an der Unfallstelle vorbei geführt.

PEA

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.

Vorentscheidungen bei Endlagersuche

Atomkraftgegner bemängeln zu wenig Zeit für eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger



Bis heute gibt es kein Endlager für atomaren Müll in Deutschland. Bislang wird die radioaktive Fracht in Castoren wie diesen zwischengelagert.

FOTO: DPA

VON REIMAR PAUL

Peine/Gorleben. Bislang verläuft die 2017 neu gestartete Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Atommüll in Deutschland vergleichsweise geräuschlos. Das dürfte sich in einem Monat ändern. Denn am 28. September will die mit der Suche beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) einen ersten Zwischenbericht veröffentlichen. Darin schlägt sie vor, welche Gebiete in Deutschland aus ihrer Sicht aufgrund der geologischen Bedingungen aus dem Verfahren ausscheiden und welche zunächst weiter untersucht werden sollten.

Kriterien für einen Ausschluss von Regionen sind etwa Erdbeben-Aktivität, Vulkanismus, Wasserzuflüsse oder frühere bergbauliche Tätigkeiten. Mit Spannung wird erwartet, ob und wie lange der Salzstock Gorleben weiter im Suchverfahren bleibt. Kritiker halten den Standort, der bislang als einziger erkundet wurde, für geologisch ungeeignet und „politisch verbrannt“.

In einem ersten Schritt hatte die bundeseigene BGE mit Sitz in Peine von den Bundesländern geologische Daten angefordert, die in den vergangenen Monaten analysiert wurden. Es seien bislang mehr als 1,04 Millionen Dateien ausgewertet worden, sagt

BGE-Sprecherin Monika Hotopp. Die Länder hätten die Daten allerdings in einer Vielzahl verschiedener digitaler Formate und teilweise auch analog übermittelt. Dies hat sich der BGE zufolge als eine von vielen Hürden bei der Verarbeitung dieser Daten erwiesen.

„Wenn die Bundesgesellschaft für Endlagerung ihren Arbeitsstand veröffentlicht, wird es erstmals um inhaltliche Fragen gehen und nicht mehr nur um das Suchverfahren selbst“, sagt die Sprecherin des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Ina Stelljes. Diese Behörde führt die Oberaufsicht über das Suchverfahren und organisiert auch die Beteiligung der Öffentlichkeit. Der Zwischenbericht, so Stelljes, bedeute indes noch keine verbindliche Festlegung. Welche Gebiete konkret untersucht würden, stehe erst mit einer späteren Entscheidung des Bundestages fest – nach Abschluss weiterer Untersuchungen und der Beteiligung der Öffentlichkeit.

Gleichzeitig lud das BASE „alle Interessierten“ zur sogenannten Fachkonferenz Teilgebiete ein. Bei dieser Konferenz soll der Zwischenbericht der BGE diskutiert und erörtert werden. Die Auftaktveranstaltung findet am 17. und 18. Oktober in Kassel statt. Die drei weiteren gesetzlich festgelegten Beratungstermine beginnen dann nach einer knapp vier-

monatigen Einarbeitungszeit im Februar und enden im Juni 2021. Die BGE müsse die Hinweise und Rückmeldungen der Konferenzteilnehmer bei ihrer weiteren Arbeit berücksichtigen, sagt Stelljes.

Die Anti-Atom-Organisation „Ausgestrahl“ bemängelt, bei der Konferenz in Kassel komme nur die BGE zu Wort, „aber keine kri-

„Es wird erstmals um inhaltliche Fragen gehen und nicht mehr nur um das Suchverfahren selbst.“

Ina Stelljes, Sprecherin des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung

tischen Fachleute“. Betroffene könnten lediglich Fragen stellen. Für die Menschen in den für die weitere Suche ausgewählten Teilgebieten sei die Zeit zwischen der Veröffentlichung des Zwischenberichts und der Konferenz außerdem viel zu kurz, um sich in die komplexe Materie einzuarbeiten. Doch es gebe seitens der Behörde keine finanziellen Mittel für

unabhängige Expertise. Die Zivilgesellschaft könne sich zudem unter den Bedingungen der Corona-Pandemie viel schlechter organisieren als üblicherweise, erklärt „Ausgestrahl“-Sprecher Jochen Stay.

Die Konferenz dürfe laut Vorgabe des Bundesamtes noch nicht einmal Arbeitsgruppen bilden, die zwischen den Sitzungen vorbereitende Arbeiten erledigten. „Und schließlich“, so Stay, „sind die Stellungnahmen aus der Konferenz nicht ergebniswirksam.“ Denn die BGE arbeite in der Zwischenzeit schon weiter an der Auswahl von Regionen, statt abzuwarten, welche Einwände die Betroffenen formulierten. Zudem stehe es der BGE völlig frei, ob sie Anregungen aus der Konferenz aufnehme oder nicht.

Das Endlager soll alle hochradioaktiven Abfälle aufnehmen, die bis zum Vollzug des Atomausstiegs Ende 2022 in Deutschland angefallen sein werden. Es handelt sich um abgebrannte Brennelemente aus Atomkraftwerken sowie um Reststoffe aus der Wiederaufarbeitung von Brennelementen. Der Atommüll soll in etwa 1900 Castor-Behälter endgelagert werden. Bis 2031 soll die Entscheidung für einen Standort gefallen sein, 2050 die Lagerung beginnen. Gesucht wird nach einem unterirdischen Aufbewahrungsort in Salzgestein, Ton oder Granit.

Continental als Stützpfeiler der Kriegswirtschaft

Der Vorläufer des Dax-Konzerns hat nach den Ergebnissen einer Auftragsstudie eine bedeutsame Rolle in der NS-Wirtschaft gespielt

VON JAN PETERMANN

Hannover. KZ-Häftlinge, die Gummisohlen „testen“ mussten, systematisch schikaniert und oft getötet wurden. Einsatz Tausender Zwangsarbeiter in kriegswichtigen Betrieben. Diskriminierung und Ausgrenzung jüdischer Kollegen. Die Untersuchung des Historikers Paul Erker über Continentals Verstrickungen mit dem NS-Regime umfasst mehr als 800 Seiten, die es in sich haben. Und sie wirft ein Schlaglicht auf den schleichenden Wandel vom international vernetzten Unternehmen zum Teil der Ausbeutungsmaschinerie eines totalitären Systems.

„Eigentlich ist das für den Leser eine Zumutung“, sagt der Forscher. Aber „die Komplexität der Transformation von Continental zu einem nationalsozialistischen Musterbetrieb nachzuzeichnen“, sei nötig gewesen. Vorstandschef Elmar Degenhart bestätigt: „Die Lektüre war an vielen Stellen sehr bedrückend.“ Was Erker über die Rolle des heutigen Dax-Konzerns in der Rüstungswirtschaft des Dritten Reichs herausfand, sei beklammend. Ein Gebot, aus der Geschichte zu lernen.

Das Hannoveraner Unternehmen Continental und auch später in den Konzern gekommene Firmen wie VDO, Teves, Semperit oder Phoenix dienten von 1933 bis 1945 zumindest in Teilen einem Zweck: der Zulieferung zentraler Bestandteile von Konsum- und Rüstungsgütern im Sinne der NS-Führung. Erker zeigt dies vor allem für die „strategischen Roh-

stoffe Kautschuk und Gummi“. Es ging um Reifen für Militärautos oder Schuhabsätze für Armeestiefel – aber auch um Schläuche für Panzer-Bremssysteme oder Teile für Flugzeuge, Batteriekästen und Steuergeräte der V1-Waffe. Conti sei ein wichtiger Akteur in einer Branche gewesen, die „das eigentliche Rückgrat der nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaft“ bildete.

Zur Herstellung und Erprobung ethischer Basisprodukte griff man auf Zwangsarbeiter und in den letzten Kriegsjahren auch auf Insassen von Konzentrationslagern zurück. Ein besonders makabres Beispiel, das Erker schildert, war die „Schuhprüfstrecke“ im KZ Sachsenhausen: „Die jeweiligen Leiter waren für ihre Brutalität bekannt, und es gab zahlreiche Fälle vorsätzlicher Ermordung von dort eingesetzten Häftlingen.“ Über Stunden ohne Pause, Dutzende Kilometer weit, häufig ohne Strümpfe und auch bei Frost drehen „Schuhläufer“ ihre Runden, teils „unter Absingen deutscher Marschlieder“. Es gab Prügel von SS-Leuten. „Und jede Runde kamen sie am Galgen des KZ-Lagers vorbei.“

Derlei Szenen sollen keine Einzelfälle gewesen sein. Laut Continental wurden manche der rund 10.000 Zwangsarbeiter „bis zu Entkräftung und Tod ausgebeutet und misshandelt“. Man habe sie auch in der Fertigung von Gasmasken oder der Verlagerung der Produktion unter Tage eingesetzt. Erker recherchierte dazu auch im Conti-Firmenarchiv. Was tat das Management? Es war laut Studie über

weite Strecken „aktiv involviert“. Es profitierte von der Aufrüstung – das ist eine der Hauptthesen in „Zulieferer für Hitlers Krieg. Der Continental-Konzern in der NS-Zeit“, anhand derer Erker auch Einzelschicksale schildert. Viele Unternehmen wie VW, Daimler oder die Deutsche Bank haben ihre Geschichte in der Nazi-Diktatur schon aufarbeiten lassen, nun liegen auch im Fall Conti Daten vor – sowohl zu Beschäftigten, die Opfer von Rassismus und Antisemitismus wurden, als auch zu



FOTO: CONTINENTAL AG/DPA

Die historische Aufnahme zeigt die Kolbenring-Fertigung im Werk Frankfurt im Jahr 1935.

Kriegsgefangenen. Vor der Leitungsebene machte die „Deformation der Unternehmenskultur“ ebenfalls nicht halt. Erst gab es auch noch Manager mit jüdischen Wurzeln. „Im Laufe der 30er-Jahre hat sich das Unternehmen selbst arisiert“, erklärt Erker. Aufsichtsratsmitglieder wurden zum Rücktritt gedrängt. Als nützlich erachtete Experten oder Prokuristen seien aber auch aus der Schusslinie genommen worden – während sich die Täter und Betreiber von Diffamierungskampagnen häufig nicht verantworten mussten.

Die 2015 beauftragte Durchleuchtung des „dunkelsten Kapitels unserer Unternehmensgeschichte“ sei überfällig gewesen, meint Degenhart. Für Conti selbst bedeute das, Beschäftigte für die Vergangenheit zu sensibilisieren. Über einen zweistelligen Millionenbetrag zur Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft habe Conti bereits mit dafür gesorgt, dass Zwangsarbeiter entschädigt werden. „Damit ist aber kein Schlussstrich gezogen“, so Degenhart. „Wir möchten insbesondere Führungskräften vermitteln, welche Verantwortung wir aus der Historie heraus haben.“ Personalvorständin Ariane Reinhart betont die stärkere Verankerung von Werten: „Wir müssen sie laufend stärken und überprüfen.“ Ein 2016 gestartetes Programm, das die Firmengeschichte Nachwuchskräften näherbringen soll, haben 450 Auszubildende in Hannover durchlaufen. Eine Weiterführung unter dem Titel „Verantwortung und Zukunft“ richtet sich nun an die ganze Belegschaft.